

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 12. Mai 2026
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

A 773 Anfrage Wicki Martin und Mit. über die Verträglichkeit des überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstums des Kantons Luzern und die Folgen einer Ablehnung der Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen Schweiz» / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Anfrage A 773 wurde auf die Mai-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 115 zu 0 Stimmen zu. Die Anfrage A 773 sowie die Anfrage A 774 von Anja Meier über die Auswirkungen der «10-Millionen-Schweiz»-Initiative auf den Kanton Luzern werden als Paket behandelt. Martin Wicki ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion. Anja Meier ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Martin Wicki: Die Fragen wurden teilweise nur ausweichend beantwortet. Die Zahlen bis 2022 sind zwar korrekt aber nicht aktuell, denn danach fehlen drei Jahre. Aber genau in diesem Zeitraum geht die Tendenz in die andere Richtung. Diese Zahlen wären also sehr interessant gewesen. Die Zahlen sind nicht nach Grenzgängern bereinigt, was sie aber sein sollten. Bevor viele von Ihnen Ihre üblichen Falschaussagen machen und nur eine Seite der Medaille betrachten, versuche ich, die andere Seite zu betrachten. Die Seite des Mittelstands, der den Druck, den Dichtestress und den Verlust der Lebensqualität spürt. Der Kanton Luzern ist in den letzten Jahren überdurchschnittlich gewachsen. Dieses Wachstum hat uns Chancen beschert, aber auch sehr viele Nachteile. Mehr Menschen, mehr Verkehr, mehr Druck auf unsere Landschaft und Landwirtschaft. Das sind Realitäten, die wir nicht einfach ausblenden können. So kann es nicht weitergehen. Es wäre genügend Zeit vorhanden gewesen, um etwas zu ändern, aber es ist nichts geschehen, weil auch die selbst ernannte Elite davon profitiert. Der Mittelstand aber nicht, sondern er leidet darunter. Da das Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf in den letzten Jahren stagniert oder im Kanton Luzern wohl sogar sinkt – sofern wir die entsprechenden Zahlen hätten –, hat der Normalverdiener und damit ein Grossteil der Menschen immer weniger Geld in der Tasche. Ein verträgliches Wachstum mit einer Nettozuwanderung von 40 000 Menschen pro Jahr ist genug und lässt immer noch viele Möglichkeiten zu. Das wäre immer noch die höchste Nettozuwanderung in ganz Europa. Nicht zu überhitzen, genau dort setzt die Nachhaltigkeitsinitiative an. Sie verlangt keinen Stillstand, sondern Verantwortung für ein gesteuertes Wachstum, das nicht auf Kosten unserer Lebensqualität erfolgt. Eines vorweg: In der Pflege, im Gastronomiebereich sowie

auch im Baugewerbe und anderen Bereichen sind nachweislich weniger Menschen zugewandert, als das Wachstum benötigt. Es braucht also mehr arbeitende Personen als die Zuwanderung bringt. Grenzgänger wie auch Saisonarbeiter müssten abgezogen werden, denn sie sind von der Initiative nicht betroffen. Leider fehlen auch diese Zahlen. In den genannten Sektoren sind weniger Arbeitnehmende zugewandert, als durch das Wachstum benötigt werden. Wo ist dabei die Nachhaltigkeit und der Nutzen für den Mittelstand, wenn die Negativspirale unweigerlich weiter dreht und diese Lücke immer grösser wird? Was nützt uns der wirtschaftliche Erfolg, wenn gleichzeitig die Mieten explodieren, die Natur verschandelt wird und die Infrastruktur überall an ihre Grenzen stösst? Wachstum um jeden Preis ist kein langfristiges und nachhaltiges Erfolgsmodell. Das weiss auch jeder Unternehmer. Die Nachhaltigkeitsinitiative ist kein Angriff auf die Wirtschaft. Im Gegenteil, eine stabile und planbare Entwicklung ist auch im Interesse unserer Unternehmungen. Die letzten Meldungen von Arbeitsplatzverlusten zeigen das deutlich und sollten ein Warnzeichen sein. Wir sollten diese Zeichen deshalb ernst nehmen. Die hier lebenden Personen brauchen nicht nur Wohnungen, sondern meistens auch Arbeitsplätze, Spitäler, Schulen, Freizeit- und Mobilitätsangebote. Das kann unmöglich auf dem vorhandenen Platz der Fall sein, denn laut Antwort der Regierung benötigt eine Person im Schnitt eine Fläche von 300 m². Bei einem jährlichen Wachstum wie im Kanton Luzern von durchschnittlich 3360 Personen ergibt das eine Fläche von 1,1 Millionen m² pro Jahr. Das entspricht sieben Landwirtschaftsbetrieben oder umgerechnet 155 Fussballfeldern, die pro Jahr nur für die Zuwanderung von 3360 Personen verbaut werden. Es ist klar: Die Nachhaltigkeit, die bringt etwas.

Anja Meier: Die angebliche Nachhaltigkeitsinitiative ist in Wahrheit eine Chaosinitiative. Sie gefährdet die Grundversorgung, Arbeitsplätze und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das zeigt die Antwort der Regierung auf. Besonders alarmierend wären die Folgen eines Bevölkerungsdeckels für den Service public. Schon heute fehlen zahlreiche Arbeitskräfte im Gesundheitswesen. Im Kanton Luzern kommt jede fünfte im Gesundheitsbereich tätige Person aus dem Ausland. Schweizweit kommen drei Viertel der neu rekrutierten Ärztinnen und Ärzte aus dem Ausland. Wer pflegt denn künftig unsere Grosseltern in den Altersheimen? Wer arbeitet in den Spitälern? Wer sorgt dafür, dass unsere Landwirtschaft funktioniert, Restaurants offenbleiben oder auf dem Bau gearbeitet wird? Unsere Gesellschaft und die Wirtschaft sind auf Menschen aus dem Ausland angewiesen. Ein starrer Bevölkerungsdeckel würde den Arbeitskräftemangel massiv verschärfen. Das hätte direkte Folgen für die Luzernerinnen und Luzerner: längere Wartezeiten, mehr Versorgungslücken und noch mehr Druck auf das Personal. Die Chaosinitiative provoziert das Ende der Personenfreizügigkeit und damit der Bilateralen I. Gerade in der heutigen, geopolitisch unsicheren Zeit, wäre ein Bruch mit der EU brandgefährlich. Europa ist unser wichtigster Partner, wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich. Tausende von Arbeitsplätzen im Export hängen direkt von stabilen Beziehungen zur EU ab. Gerade die Luzerner KMU hätten unter dieser Initiative massiv zu leiden. Statt freiem Personenverkehr gäbe es künftig starre Kontingente und mehr Bürokratie. Während Grosskonzerne spezialisierte Abteilungen dafür haben, würden lokale Gewerbebetriebe im Kampf um Arbeitsbewilligungen benachteiligt. Ich danke der Regierung, dass sie das so klar aufgezeigt hat. Mit dem Wegfall der Personenfreizügigkeit gerät auch der Lohnschutz unter Druck. Die flankierenden Massnahmen sind eng mit den Bilateralen verbunden. Wer diese aufs Spiel setzt, riskiert Lohndumping und schlechtere Arbeitsbedingungen. Die Geschichte des Kontingentsystems kennen wir bereits. Das frühere Saisonnierstatut beruhte genau auf dieser Idee: Menschen sollen hier arbeiten, aber möglichst wenig Rechte haben. Familien wurden getrennt und Arbeitskräfte rechtlich schwach gehalten. In diese düstere Vergangenheit will uns die

Chaosinitiative zurückführen. Menschen mit Migrationsbiografie tragen täglich zum Funktionieren unserer Gesellschaft bei. Oder um es wie Max Frisch zu sagen: «Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen.» Die Antwort auf die Anfrage A 773 von Martin Wicki zeigt klar, dass das Bevölkerungswachstum den Wohlstand im Kanton Luzern nicht geschwächt hat, im Gegenteil. Auch Schengen, unsere Zusammenarbeit in Bildung und Forschung, wäre durch die Initiative gefährdet. Das schwächt unsere Sicherheit sowie den Innovations- und Bildungsstandort Luzern. Weshalb bin ich mit der Antwort des Regierungsrates auf meine Anfrage A 774 teilweise zufrieden? Weil sie sich stark auf wirtschaftliche Risiken eines Bevölkerungsdeckels konzentriert, während die sozialen Abfederungen und die humanitären Folgen leider sehr zurückhaltend gewichtet werden. Gerade beim Lohnschutz, dem bezahlbaren Wohnraum oder dem langfristigen Halten von Fachkräften hätte ich mir mehr Nachdruck gewünscht, Stichwort Pflegeinitiative. Auch bei Einschränkungen im Asylbereich oder beim Familiennachzug bleibt die Regierung zurückhaltend. Dort hätten wir uns ein klares Bekenntnis zur humanitären Tradition der Schweiz erhofft. Fazit: Die Initiative löst keine Probleme. Sie schafft Unsicherheit, Spaltung und Chaos.

Beatrix Küttel: Die Mitte lehnt die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» ab, weil diese bei einer Annahme unvorhersehbare Folgen für unsere Heimat hat. Die Zuwanderung im Kanton Luzern ist massgeblich durch die Arbeit getrieben: Landwirtschaft, Hotellerie und Pflege können heute ohne ausländische Arbeitskräfte gar nicht mehr funktionieren. Grosse Firmen, die auf dem internationalen Markt agieren, sind im Kanton Luzern massgeblich für einen tieferen Steuerfuss verantwortlich. Solche Firmen rekrutieren ihre Arbeitskräfte auch im Ausland. Unsere Regierung hat aufgezeigt, dass die Annahme der Initiative auch im Kanton Luzern viele Risiken aufwirft. Wie könnten wir den Bedarf an Arbeitskräften decken und wie würden wir die europäische Zusammenarbeit im Asylwesen lösen, wenn die Abkommen von Schengen und Dublin und die bilateralen Verträge mit der EU gekündigt würden? Die Annahme der Initiative hätte gravierende Auswirkungen auf unsere Sicherheit, die Wirtschaft, aber auch auf unseren Wohlstand. Die Mitte ist sich jedoch auch den Herausforderungen der Zuwanderung bewusst. Wir gehen diese Herausforderungen aber mit Vorstössen auf Bundesebene an.

Ursula Berset: Das Wachstum unserer Bevölkerung ist Tatsache. Das wurde von unserem Rat auch bewusst so gestaltet und gefördert mit der Tiefsteuerstrategie. Und ja, wenn immer mehr Personen auf der gleichen Fläche wohnen und arbeiten wollen, hat das reale Auswirkungen. Auswirkungen, die wir alle in unserem Alltag auch feststellen können. Wir bemerken das bei der Wohnungssuche, bei der Mobilität, es hat Auswirkungen auf die Belastung der Umwelt und die Nutzung von Kulturland und Freizeitarealen. Die SVP bietet mit ihrer Initiative eine einfache Lösung an: Wir drehen den Zuwanderungshahn zu, wenn zu viele Personen im Land sind. Das wirkt auf den ersten Blick einleuchtend. Wer aber hinter die Fassade schaut, sieht, dass wir uns mit dieser Idee viele neue Probleme einhandeln. Wir gefährden damit das Freizügigkeitsabkommen mit der EU und damit auch die Weiterführung der bestehenden bilateralen Verträge und der europäischen Programme zu Forschung, Verkehr und Handel. Und damit gefährden wir auch unser Wirtschaftswachstum und unsere Innovationskraft. Also zentrale Faktoren, mit denen man die Gesundheit einer Volkswirtschaft misst. Mit dem Wegfall von Schengen/Dublin wäre laut Ausführungen der Regierung zu den beiden Anfragen auch der Zugang zu wichtigen Fahndungssystemen wie dem Schengener Informationssystem (SIS) gefährdet. Die Polizei- und Migrationsbehörden hätten deutlich schlechtere Möglichkeiten beim Informationsaustausch, und damit würde sich die Sicherheit unserer Bevölkerung verschlechtern. Das wollen wir nicht, und ich gehe davon aus, dass das

auch nicht im Sinn der SVP ist. Für uns Grünliberale ist klar: Die Herausforderungen, die mit einer wachsenden Bevölkerung einhergehen, müssen wir angehen. Wachstum um jeden Preis ist tatsächlich keine gute Strategie, in diesem Punkt stimme ich Martin Wicki zu. Wir sind jedoch der Ansicht, dass es gezielte Massnahmen zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum sowie für eine effiziente Nutzung von Siedlungsraum und Mobilitätsinfrastruktur braucht. Dafür setzen wir uns Grünliberale auch ein. Die von der SVP geforderte starre 10-Millionen-Grenze ist für uns definitiv keine Lösung. Sie gefährdet den Wohlstand, die Forschung sowie die bilateralen Beziehungen, ohne die eigentlichen Probleme wirklich anzugehen.

Rahel Estermann: Ich gehöre diesem Rat bereits einige Jahre an, aber ich habe noch nie erlebt, dass ein Redner allen nachfolgenden Rednerinnen und Rednern präventiv Fake News vorgeworfen hat. Ich finde das respektlos und nicht gut für die Kultur in diesem Rat. Wir Grünen lehnen die Initiative ab. Sie widerspricht allen Werten, welche die Schweiz in den letzten Jahrzehnten stark gemacht haben: Weltoffenheit und gleichzeitig regionale Solidarität und Ausgleich, die bilateralen Beziehungen mit Europa sowie das Austarieren und Aushandeln von klugen Lösungen mit allen Beteiligten. Sollte die Initiative am 14. Juni angenommen werden, würde ich sehr wütend. Das nicht nur wegen der Konsequenzen, die uns die Regierung in ihren Antworten sehr gut aufgezeigt hat, sondern auch aus zwei weiteren Gründen. Die Initiative nimmt bestehende Ressentiments und Ängste der Bevölkerung auf. Sie triggert diese und nimmt sie auf, aber ohne eine Lösung zu liefern. Das zeigen auch die Antworten der Regierung. Es sind berechnete und wichtige Fragen, die man zu diesem Wachstum auch stellen kann. Ich habe selbst schon einen Vorstoss eingereicht, der thematisiert, wie wir damit umgehen, dass 2050 so viel mehr Menschen im Kanton Luzern leben werden. Diese Herausforderungen gibt es tatsächlich. Aber um ein Beispiel zu nennen: Der Luzerner SVP-Nationalrat hat gegenüber der Zeitung erklärt, dass der Numerus clausus für das Medizinstudium aufgehoben werden soll, weil 75 Prozent unserer Ärztinnen und Ärzte im Ausland rekrutiert werden müssen. Was macht die SVP 2024 im nationalen Parlament? Sie lehnt die Aufhebung des Numerus clausus für die Ärztezulassung ab. Sie streuen den Menschen mit dieser Initiative Sand in die Augen, dass es Lösungen gibt und Sie bereit wären, diese Probleme anzugehen. Zudem würden die Menschen, die in die Schweiz kommen, entrechtet. Das war eine dunkle Zeit, die wir in der Schweiz erlebt haben. Darauf ist wohl niemand stolz. Wir brauchen kein «Make Switzerland Great Again» von dieser Sorte. Wir werden die Initiative ablehnen, und ich bin überzeugt, dass die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer intelligent genug ist, um das ebenfalls zu tun und nicht darauf hereinzufallen, dass diese Initiative etwas bringt. In zahlreichen Bereichen, auch in unserem Umfeld und aus sämtlichen ideologischen Perspektiven, gibt es Menschen, denen dieses Wachstum Bauchschmerzen bereitet. Wir haben die Aufgabe – und hier meine ich alle in diesem Rat, die an konstruktiven Lösungen interessiert sind – diese Aufklärung zu leisten und zu erklären, was wir mit dieser Initiative nicht erhalten und was wir erhalten. Die Initiative ist keine Lösung, sondern macht uns zu einer isolierten Insel.

Urs Christian Schumacher: Als Kinderarzt gehöre ich zu den Zuwanderungsgewinnern, denn ich erhalte täglich neue Zuwanderungskunden. Diese Menschen sind im Umgang meist sehr angenehm, gehen soweit möglich einer Arbeit nach, kümmern sich um ihre Familien und wünschen Freiheit, Selbstbestimmung und möglichst tiefe Abgaben, damit ihnen etwas zum Leben bleibt. Die Herausforderung, die mit der Nachhaltigkeitsinitiative bewältigt werden soll, sind nicht diese Menschen, im Gegenteil. Auch sie leiden früher oder später unter einer chaotischen und unkontrollierten Einwanderung. Das Problem liegt in unserem politischen System, das Zuwanderung zur Überwindung der historisch gewachsenen traditionellen

Gesellschaft und ihrer Identität nutzt. Eine nachhaltige Gesellschaft muss im Stande sein, ihre Bedürfnisse und ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu bewältigen. Eine Gesellschaft, die ständig auf einen Zustrom von Arbeitskräften von aussen angewiesen ist, gleicht einem kranken Patienten, der am Tropf hängt. Mehr Zuwanderung löst nicht das Problem, dass die Gesellschaft zu wenig Arbeitsleistung erbringt oder erbringen will, um sich den Wohlstand zu erhalten. Mehr Zuwanderung schafft wieder mehr Bedarf an Fachkräften und Arbeitsleistung und ruft nach noch mehr Zuwanderung. Diese Endlosschleife kann erst dann durchbrochen werden, wenn die Gesellschaft wieder nachhaltig wird und selbst so viel Arbeit leistet, wie sie benötigt, um ihren Wohlstand zu sichern. Dem widersprechen das tiefe Lohnniveau der arbeitenden Bevölkerung, zu hohe Lohnabgaben und ein soziales Auffangsystem, mit dem sich auch ohne Arbeit oder mit Teilzeitjobs gut leben lässt. Wer Verantwortung für nachfolgende Generationen übernehmen will, der darf nicht einfach kurzfristig auf seine Branchengewinne und billige Arbeitskräfte bauen, sondern muss die Nachhaltigkeit unserer Naturlandschaft und Gesellschaft beachten. Seit dem Jahr 2000 wurden in der Schweiz über 1,3 Millionen neue Wohnungen gebaut. Trotzdem sind die Mieten schweizweit um 20 Prozent und in manchen Regionen um 30 Prozent gestiegen. Pro Sekunde wird in der Schweiz rund 1 m² zubetoniert. Wir verlieren die Natur als Lebens- und Erholungsraum und unser Kulturland für die Ernährungssicherheit. Auch mit der Annahme der Initiative können immer noch jährlich 40 000 Menschen zuwandern und die humanitären Verpflichtungen gegenüber Flüchtlingen bestünden unverändert. Bitte stimmen Sie dieser «Chaosbegrenzungsinitiative» zu und lesen Sie den Initiativtext, dann benötigen Sie weniger Fantasie. In einem Punkt muss ich Rahel Estermann Recht geben: Der Numerus clausus gehört abgeschafft, da bin ich voll bei Ihnen.

Eva Forster: Unsere Demokratie lebt von Diskussionen und Kompromissen. Viel funktioniert in der Schweiz gut. Nicht perfekt, aber häufig besser als in den Nachbarländern. Trotzdem gibt es Herausforderungen, die auch die FDP bewegen: steigende Mieten, Stau oder der Dichtestress. Die Chaosinitiative verspricht, diese Probleme zu lösen. Genau deshalb ist es wichtig, darüber zu sprechen, was die Initiative tatsächlich bewirken würde. Die Sorgen bestehen und müssen ernst genommen werden, und es braucht Lösungen. Wenn ich hier zuhöre, tönt das unglaublich einfach: weniger Wachstum, weniger Probleme. Aber anstatt Probleme zu lösen, bringt die Initiative vor allem etwas: Risiko, offene Fragen, Zielkonflikte, ein Chaos. Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum. Gleichzeitig soll aber nicht mehr 1 m² Land pro Sekunde verbaut werden. Wir wollen weniger Stau, gleichzeitig finden aber überall sehr lange Diskussionen über die Verfahren bei Infrastrukturprojekten statt. Wir wollen möglichst nah einkaufen können, florierende KMU und eine starke Gesundheitsversorgung, gleichzeitig würde aber ohne ausländische Arbeitskräfte unglaublich Vieles nicht mehr funktionieren. Die Umsetzung bleibt offen. Wären es Kontingente, dann würde das zu einem immensen bürokratischen Aufwand führen. Gleichzeitig will die SVP aber weniger Verwaltung und ist der Digitalisierung gegenüber sehr kritisch. Für mich geht das nicht auf. Wer entscheidet schlussendlich, welche Branchen und welche Kantone diese 40 000 Arbeitskräfte erhalten? Wir sind uns wohl alle einig, dass der Kanton Luzern nicht abgehängt werden soll. Die FDP nimmt die Sorgen ernst. Aber eine starre Obergrenzung ist nicht die Antwort, sondern wir benötigen Lösungen für alle diese Probleme, beispielsweise mittels dem Ausbau der Infrastruktur oder einfacheren Baubewilligungsverfahren. Für unseren Wohlstand und unsere Sicherheit braucht es Innovation und vor allem uns Menschen.

Mario Bucher: Man könnte meinen, die Schweiz wäre ohne permanente Massenzuwanderung nicht mehr überlebensfähig. Genau das zeigt doch, wie abhängig unser Land inzwischen von einem System ist, das auf einem ständigen Import von günstigen

Arbeitskräften basiert. Dadurch entsteht ein fragwürdiges System. Die Schweiz predigt soziale Verantwortung und baut ihren Wohlstand aber zunehmend auf der dauerhaften Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften auf. Die Leidtragenden sind am Ende alle: Die einheimische Bevölkerung durch den Lohndruck, die Wohnungsnot und die Überlastung der Infrastruktur. Die ausländischen Arbeitnehmer werden vor allem als wirtschaftliche Ressource betrachtet und der Wohlstand geht nur noch zur Elite der Wirtschaftsbosse und den Dividenden. Wir leben in einer Welt, in der es bereits heute genügend Kleider für die gefühlten nächsten 700 Jahre gibt. Trotzdem produziert die Industrie jedes Jahr weitere Mengen für weitere Jahrzehnte. Nicht, weil es nötig wäre, sondern weil das System künstlich am Leben erhalten werden muss, das auf ständigem Wachstum, ständigem Konsum und ständigem Ersatz basiert. Dabei geht völlig vergessen, worum es eigentlich gehen sollte. Menschen sind keine beliebig austauschbaren Ressourcen. Wohlstand kann man nicht essen. Ein Land darf nicht global geschaffene wirtschaftliche Probleme einfach dauerhaft mit immer mehr Zuwanderung überdecken, während Infrastruktur, Wohnraum und sozialer Zusammenhalt zunehmend unter Druck geraten. Auch die Umwelt nimmt Schaden. Ohne Nachhaltigkeitsinitiative verlieren wir den Blick für die Verantwortung, die Nachhaltigkeit und die Würde des Menschen. Genau deshalb braucht es endlich wieder eine ehrliche Diskussion darüber, wie viel Wachstum ein Land überhaupt verkraftet und ob ein permanentes Bevölkerungswachstum tatsächlich die einzige Antwort sein kann. Ich glaube nicht und sage deshalb Ja zur Nachhaltigkeitsinitiative.

Karin Andrea Stadelmann: Im Initiativtext steht, dass 10 Millionen nicht überschritten werden dürfen. Wortwörtlich eine fixe Zahl. Die SVP hat das Gefühl, mit einer fixen Zahl in der Verfassung könne man unser Land in Zukunft regieren. Ich glaube, wir alle in der Politik wissen, dass das nicht so einfach und mit einer fixen Zahl funktioniert. Die Sorgen der Menschen sind real: steigende Mieten, die Gesundheitsversorgung, volle Züge, Dichtestress, Infrastruktur usw. und natürlich der Fachkräftemangel, auch im Spital. Wir spüren das im Alltag. Wir in der Politik müssen Antworten geben, nicht nur Lösungen. Rahel Estermann hat einen Vorstoss darüber eingereicht, dass der Kanton Luzern stark wächst. Die Mitte hat ebenfalls einen Vorstoss eingereicht und fokussiert sich dabei auf die Steuerung dieses Wachstums. Dort müssen wir ansetzen. Die Initiative und die fixe Zahl von 10 Millionen führen zu keiner zusätzlichen Wohnung oder Strasse, zu keinem zusätzlichen Zug und zu keiner Lösung im Gesundheitswesen. Sie ist definitiv keine Antwort auf die drängendsten Probleme unserer Gesellschaft. Wir brauchen Lösungen und deshalb sagt die Mitte aus Überzeugung Nein zu dieser Initiative.

Sandra Meyer-Huwyler: Gemäss Statistik des Bundesamtes für Statistik von 2018 ist die Siedlungsfläche in der Schweiz zwischen 2009 und 2018 täglich um durchschnittlich 7,7 Fussballfelder gewachsen. Insgesamt entstanden innert 9 Jahren gut 180 km² neue Siedlungsfläche. Das ist rund doppelt so viel, wie die Fläche des Zürichsees. Und das innerhalb von nur 9 Jahren. Zur Siedlungsfläche zählen Gebäude und Infrastrukturen für Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Mobilität. Mittlerweile sorgt man sich um den Verschleiss der Kulturlandschaft. Was macht man mit dieser Erkenntnis? Man baut einfach verdichtet. Das kann eine Lösung sein, aber sie ist nicht nachhaltig. Der Dichtestress ist enorm. Die Bevölkerung der Schweiz wächst seit dem Jahr 2000 16-mal schneller als in Deutschland. Es verschwinden nicht nur Grünflächen, sondern auch wertvolle Landwirtschaftsflächen. Damit gefährden wir unsere Versorgung mit einheimischen, gesunden, nachhaltig produzierten Lebensmitteln. Das muss ein Ende haben, denn der sorgsame Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen muss Priorität haben. Wenn man nicht handelt, dann kommt es zum Chaos.

Pia Engler: Die Zuwanderung erfolgt zu über 90 Prozent infolge der Nachfrage im Arbeitsmarkt. Weder der Asylbereich ist diesbezüglich relevant noch bestimmt die Personenfreizügigkeit diese. Unternehmen rekrutieren und Menschen kommen. Ausgerechnet diejenigen, die mit dem Steuerwettbewerb eine besonders attraktive Standortpolitik für Unternehmen betreiben wollen, zeigen sich jetzt ablehnend gegenüber dieser Entwicklung. Die Menschen kommen und benötigen Wohnraum, Infrastruktur und beanspruchen den Service public. Sie erinnern sich an die Unternehmenssteuerreformen (USR) I, II und III. Eine direkte Reaktion und Angst der Schweiz war, dass Kapital, Arbeitsplätze und technologisches Wissen jederzeit abwandern könnten. Steuerreformen haben nicht nur den internationalen, sondern auch den interkantonalen Steuerwettbewerb geebnet und befeuert. Letzte Woche titelten die Medien: «Luzern stösst Zug vom Thron und ist jetzt das Unternehmenssteuerparadies Nr. 1 in der Schweiz.» Das ist eine bewusste Strategie, gerade auch der Vordenker der SVP. Sie haben aber vergessen, dass es nebst der Steuerstrategie auch eine stringente Wohnpolitik, eine vorausschauende Mobilitätspolitik und einen Service public solide aufzustellen gilt, damit man in der Lage ist, mit den Begleiterscheinungen einer aggressiven Steuerpolitik Schritt zu halten. Wir kritisieren das seit jeher. Zur Finanzlage: Entgegen mancher Alarmrhetorik wächst die Wirtschaft und der Pfeil zeigt noch oben und nicht nach unten, wie es in der Anfrage suggeriert wird. Nicht die Ausgaben laufen aus dem Ruder, sondern die Einnahmen sind stark. Die eigentliche Frage lautet deshalb nicht, können wir investieren, sondern wollen wir investieren? Gerade im Gesundheitswesen und in der Pflege sind uns die Baustellen seit Jahren bekannt. Die Mittel sind vorhanden, aber es fehlt der Mut und die Entschlossenheit für eine klare Strategie. Tatsächlich spürbar ist der Druck beim Wohnen und der Kaufkraft. Der Wohnungsmarkt ist angespannt. Aber nicht, weil plötzlich zu viele Menschen hier sind, sondern weil die Mieten davongaloppieren und deshalb bezahlbarer Wohnraum fehlt. Wenn die Angebotsmieten in Luzern in rund sechs Jahren um 25 Prozent steigen, ist das kein Naturgesetz und keine Folge der Zuwanderung, sondern ein klarer politischer Auftrag, zu handeln. Deshalb hat die SP die kantonale Wohninitiative lanciert. Wir sind sehr gespannt auf den Gegenvorschlag der Regierung. Zudem war die Leerwohnungsziffer zu Beginn der Personenfreizügigkeit 2002 in der Schweiz tiefer als heute. Auch die Kaufkraft steht unter Druck. Doch das Kernproblem ist nicht zu viel Zuwanderung, sondern die Schieflage bei der Verteilung. Die Schweiz wurde wohlhabender, bei vielen kommen aber nur stagnierende Löhne, steigende Prämien und höhere Mieten an.

Ruedi Amrein: Ich nehme zu einigen Aussagen von Martin Wicki Stellung. Er hat den grösseren Druck auf die Landwirtschaft bemängelt. Ich erinnere daran, dass wir diese Frage mit der Raumplanung eingedämmt haben. Selbst den Antworten kann entnommen werden, dass in der Schweiz 27 500 Hektar Fruchtfolgeflächen geschützt werden usw. Eigentlich wurden diesbezüglich Massnahmen ergriffen. Es ist auch etwas komisch, wenn er nun von diesem Druck spricht, aber die SVP sich vehement gegen Rückzonungen gewehrt hat. Diese sind zwar schmerzlich, aber ich habe sie trotzdem unterstützt. Die SVP hat sich dagegen gewendet. Ich bin auch dafür, dass man nach Lösungen für die Auswirkungen des Wachstums sucht. Das ist schwierig, aber wir haben auch schon etwas unternommen. Die SVP hat im Parlament offenbar keine mehrheitsfähigen Lösungen gefunden, sonst müsste sie ja nicht mit dieser Initiative kommen. Die Zuwanderung ist seit 2023 zurückgegangen und ist nicht mehr hoch. 2023 war der Höhepunkt. Was den Mittelstand angeht, sind wir gemeinsam unterwegs und wollen ihn stärken. Er ist der Ansicht, dass das nichts gebracht hat. Doch, es hat Einkommen gebracht, auch wenn ich dabei die Frage der Mieten und des Verkehrs absolut nicht unterbewerten will. Wir haben einige Massnahmen ergriffen, ich denke dabei etwa an die Steuersenkungen und die Prämienverbilligung. Sehr erstaunt hat mich die Aussage von

Martin Wicki, dass man eine stabile, planbare Wirtschaft wolle. So etwas habe ich in der westlichen Welt nicht mehr gehört. Wie wir wissen, ist das gar nicht möglich. Alle Systeme dieser Art haben Schiffbruch erlitten. Das aktuellste Beispiel, dass so etwas nicht funktioniert, ist Kuba. Wenn die Haltung der SVP eine planbare Wirtschaft ist, dann haben wir andere Vorzeichen. Ein Stück weit verstehe ich, dass Sie nun verzweifeln, weil das nicht planbar ist. Meiner Meinung nach ist die Wirtschaft eine sehr sensible Pflanze. Das Thema der Reichen wurde angesprochen. Seien wir doch glücklich darüber, denn sie tragen einen grossen Anteil an unsere Kosten bei. Letztens habe ich in der Zeitung gelesen, dass man bei einem Kreuzbandriss nicht das Bein amputieren sollte. Genau diese Aussage trifft auf die Initiative zu.

Simon Roth: Mit der Annahme der Initiative wird keine Wohnung billiger, im Zug wird kein Sitzplatz frei und kein Stau löst sich auf, aber sie führt zu vielen neuen Problemen. Die Initiative ist mehr als nur ein Bevölkerungsdeckel. Die Initiative beginnt lange bevor die 10 Millionen erreicht sind. Nach einem Jahr müssten der Bund und die Kantone die Zuwanderung sofort bremsen. Das bringt Probleme für die KMU, die Spitäler und Pflegeheime ab Annahme der Initiative. Wir müssten sehr bald – noch vor Erreichen der Marke von 9,5 Millionen – die Personenfreizügigkeit mit der EU massiv und vertragswidrig einschränken. Damit riskieren wir das Ende unserer Beziehungen zur EU. Spätestens bei 10 Millionen verlangt der Text in unserer Verfassung unmissverständlich die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens. Man wolle die Bilateralen gar nicht kündigen und eine massvolle Zuwanderung sei weiterhin möglich, beschwichtigen die Initianten. Sie sprechen davon, dass jährlich immer noch 40 000 Menschen in die Schweiz einreisen könnten, man müsse einfach die Asylschraube etwas anziehen. Dazu ist aber der Asylanteil bei der Zuwanderung massiv zu klein. Auch wenn wir unsere eigene Verfassung und die Menschenrechte komplett missachten, die Grenze für Geflüchtete dichtmachen und den Familiennachzug ganz stoppen, geht es nicht auf. Das ist gar nicht möglich, ohne die Personenfreizügigkeit deutlich einzuschränken und damit die Kündigung der bilateralen Verträge zu provozieren. Auch mit einer massvollen Zuwanderung würden wir bei einer normalen Entwicklung irgendwann 10 Millionen erreichen, was wir aber gemäss Initiativtext explizit nicht dürfen. Bei 10 Millionen ist sowieso Ende Gelände, weil der Initiativtext gar keine Entwicklung mehr zulässt, egal ob wir diese vor oder nach 2050 erreichen, dann ist Schluss. Das ist das Extreme dieser Initiative. Dann kommt es zur spannenden Frage, was passiert, wenn die 10 Millionen erreicht sind: Wenn jemand in die Schweiz kommt, muss im Gegenzug jemand die Schweiz verlassen? Stellen Sie sich das in der Praxis vor. Wenn jemand in die Schweiz kommen darf: Welche offene Stelle wird zuerst besetzt? Die auf der Baustelle oder die im Spital? Und wenn wir uns fürs Spital entscheiden, in welchem? In Zürich, Genf oder Luzern? Stellen Sie sich diese Bürokratie vor. Kein Land auf der Welt hat sich je eine solche starre Zahl in die Verfassung geschrieben, und das aus gutem Grund. Die Initiative ist nicht nur ein leeres Versprechen, sondern ein enormes Risiko für die ganze Schweiz. Sie gefährdet die Sicherheit, den Wohlstand und das Funktionieren der Schweiz.

Samuel Zbinden: Die Vorrednerin und der Vorredner der SVP haben davon gesprochen, wie viele Fussballfelder pro Minute, Tag oder Jahr in der Schweiz zubetoniert werden, aber auch vom Dichtestress und dem Druck auf unser Kulturland. Im ersten Moment könnte man meinen, dass Sie Ihr ökologisches Gewissen entdeckt hätten. Wie ein Blick in den Initiativtext zeigt, ist die Realität aber eine andere. Als Erstes, nämlich wenn die Bevölkerung in der Schweiz 9,5 Millionen erreicht hat, sieht die Chaosinitiative Einschränkungen gegen Geflüchtete vor. Der Familiennachzug soll eingeschränkt werden und vorläufig Aufgenommene sollen kein Bleiberecht mehr erhalten. Betrachtet man den Anteil der

Asylsuchenden an der Gesamtbevölkerung und sieht, in welchen Verhältnissen geflüchtete Menschen meistens in der Schweiz leben, ist das Ganze an einer Scheinlösung kaum mehr zu überbieten. Sie wollen mir doch nicht erzählen, dass geflüchtete Menschen das Problem sind, die teilweise in Bundesasylzentren oder im Anschluss in kleinen Wohnungen leben und wenig Geld für Mobilität haben und nicht diejenigen sind, die Ihnen den Platz im Zug, auf der Skipiste oder wo auch immer wegnehmen. Wenn diese Menschen nicht das Problem sind, würde ich gerne von Ihnen hören, mit all den von Ihnen genannten Argumenten wie Dichtestress oder Zubetonierung, weshalb der Initiativtext als Erstes gegen Geflüchtete geht, die nicht das Problem sind, weder für die Zubetonierung unserer Landschaft noch sonst für etwas. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, wenn Ihnen das starke Wachstum des Kantons Luzern und der Schweiz Sorgen bereitet. Sie können damit aufhören, die Tiefsteuerstrategie voranzutreiben, Sie können mithelfen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen oder Sie hätten sich damals der Kulturlandinitiative, der Zersiedlungsinitiative oder der Umweltverantwortungsinitiative anschliessen können. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, um diese Themen anzugehen. Nun aber einfach plump gegen geflüchtete Menschen zu schiessen, ist keine Massnahme und bringt uns nicht weiter. Genau deshalb ist die Initiative abzulehnen.

Monika Schnydrig: Samuel Zbinden, Fakten sind keine Gefühle, sondern gute Argumente. In der politischen Diskussion hören wir von den Gegnern oft das Schlagwort Chaosinitiative und dass es keine echte Lösung sei. Ich lasse die Beispiele weg, da wir schon viele gute aber auch weniger gute gehört haben. Doch wer genauer hinschaut, erkennt sehr schnell, dass dieses Etikett Argumente einfach durch Angst ersetzt. Deshalb nochmals ganz deutlich: Nein, die Initiative will kein Chaos, sondern Planung. Sie verlangt, dass das Bevölkerungswachstum in der Schweiz oder dem Kanton Luzern nicht einfach unkontrolliert weitergeht, sondern politisch gesteuert wird. Genau das ist verantwortungsvolle Politik. Die Realität ist für viele Menschen spürbar: überlastete Infrastrukturen, steigende Mieten, ein zunehmender Druck auf die Landschaft, der Verkehr und öffentliche Dienstleistungen, steigende Kriminalitätsraten und noch viel mehr. Diese Entwicklungen sind nicht eingebildet, sondern sie beschäftigen die Gemeinden, den Kanton und die Bevölkerung täglich. Die Gegner behaupten, dass die Initiative die Wirtschaft und unsere Beziehung zum Ausland gefährdet. Doch die Initiative fordert keine Abschottung. Sie verlangt lediglich, dass die Schweiz ihre Entwicklung selbst bestimmt – wie das sehr viele erfolgreiche Länder auf der ganzen Welt tun – und man rechtzeitig Massnahmen ergreift, bevor die Probleme unlösbar werden. Chaos entsteht bekanntlich nicht durch Regeln, sondern wenn man Probleme zu lange ignoriert und nicht angeht. Gerade ein wohlhabendes, gut organisiertes Land wie die Schweiz, die wir alle lieben, muss den Mut haben, das Wachstum zu gestalten, statt passiv zuzuschauen, wie wir das schon zu lange tun. Nachhaltigkeit bedeutet nicht Stillstand, sondern Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen, so wie es auch in der Klimapolitik immer wieder ausgeführt wird. Die Initiative stellt deshalb eine legitime Frage: Wie gross soll die Schweiz oder der Kanton Luzern werden und wer entscheidet darüber? Die Diskussion ist weder extrem noch chaotisch, sondern sinnvoll und notwendig.

Thomas Alois Hodel: Ich danke Anja Meier, dass Sie ebenfalls einen Vorstoss zu diesem Thema eingereicht hat, denn sonst hätte es geheissen, dass die SVP Abstimmungskampf betreibt. Mich überrascht an der aktuellen Debatte, dass niemand Zahlen genannt hat. Diese Zahlen sind in der Abstimmungsbroschüre enthalten und werden von niemandem bestritten. Deshalb stimmen Sie also, oder? Pro Jahr werden 45 000 Wohnungen benötigt. Die Zahl der Autos steigt jedes Jahr um 53 000. Jedes Jahr werden 460 zusätzliche Ärzte und 2000 Pflegende benötigt. Zudem braucht es jedes Jahr 595 zusätzliche Klassen und

780 Lehrpersonen. Jedes Jahr gibt es 67 Tonnen mehr Abfall und es wird so viel zusätzliche Energie benötigt, wie das Kernkraftwerk Beznau I produziert. Das alles müssten wir theoretisch zubauen. Weil wir das aber nicht überall können, kommt es immer mehr zu Dichtstress. Die Bevölkerung merkt das langsam und das können Sie nicht einfach ignorieren. Vielleicht gewinnen Sie diese Abstimmung nochmals, aber dann folgt wohl in zehn Jahren eine neue, und dann sieht es anders aus. Sie haben Angst, dass die Wirtschaft zum Erliegen kommt. Damit geben Sie zu, dass Sie damit rechnen, dass die Schweiz in den nächsten Jahren um 1 Million wachsen wird. Dann wird es all das brauchen, was ich soeben aufgezählt habe. Gemäss Eva Forster könnten nur noch 40 000 Arbeitskräfte in die Schweiz kommen, was zu wenig sei. Ist das tatsächlich so? Heute kommen 100 000 und etwa die Hälfte davon arbeitet. Also sind das genau so viele, wie es eigentlich braucht. Zudem wird immer auf den Fachkräftemangel verwiesen. Den alten Menschen macht man Angst damit, dass sie im Altersheim niemand mehr pflegt oder dass im Spital bei einem Kreuzbandriss einfach das Bein amputiert wird. Das ist an Absurdität kaum zu überbieten. 12 500 Personen haben in einem Gesundheitsberuf gearbeitet und sind momentan arbeitslos. Diese Zahl stammt nicht vom Parteisekretariat der SVP, sondern vom Bund. Führen Sie sich diese Zahlen bitte einmal vor Augen und fragen Sie sich, ob das wirklich der Wohlstand ist, den wir wollen: In Dübendorf im 50. Stock zu wohnen, das neu zu Dubai wird.

Fabian Stadelmann: Ich politisiere seit etwa 15 Jahren und hatte dabei immer einen Leitsatz, den ich auch die nächsten 50 Jahre noch verwenden werde: Man muss in der Vergangenheit blättern, um die Zukunft lesen zu können. Damals, beim Personenfreizügigkeitsabkommen und Schengen/Dublin hiess es immer, dass maximal 7000 bis 10 000 Personen in die Schweiz kommen würden. Heute sind es 80 000 bis 100 000 Personen, also weit mehr. Bei den 40 000 handelt es sich um eine Nettozahl, brutto können immer noch 100 000 bis 140 000 Personen in die Schweiz kommen. Das hat übrigens auch Heinz Tännler bemerkt und sich zur Initiative bekennt. Die Bruttozahl von 100 000 bis 140 000 können Sie ruhig auch einmal nennen.

Priska Fleischlin: Ich nehme vor allem zum Votum von Thomas Alois Hodel Stellung. Aus Sicht der SP sind Steuern Mittel, um damit der Gesellschaft Umlagerungen und Fairness zu ermöglichen. Die bürgerlichen Kreise haben ja sehr viel Wert auf Steuersenkungen gelegt. In diesem Zusammenhang wurde auch verhindert, dass die benötigte Infrastruktur ausgestaltet werden konnte. Man sollte zwar in der Politik nicht mit Individualfällen kommen, aber ich habe am Wochenende mit einem 12-jährigen Jungen gesprochen, der Panikattacken hat. Das gesamte Schulsystem, die Lehrerin und die Schulsozialarbeit haben gut darauf reagiert. Als der Arzt ihn aber beim Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst anmelden wollte, hat sich herausgestellt, dass ein Termin erst in 12 bis 16 Monaten möglich ist, obwohl das Problem akut ist. Ich habe mich dabei an unsere letztjährige Budgetdiskussion erinnert. Die SP hat damals eine Erhöhung von 2 Millionen Franken für den Psychiatriebereich beantragt. Sie alle waren dagegen. Ich musste diesem Jungen in die Augen schauen und dabei an Sie denken. Das Problem liegt darin, dass Sie die Steuergelder bei den grossen reichen Unternehmen holen. Den Reichen gibt man und den Armen nimmt man es und gibt ihnen nichts. Der Bevölkerung wollen Sie kein Geld geben, etwa für Stipendien. Auf der Tribüne sitzen junge Menschen, die vielleicht auch einmal auf ein Stipendium angewiesen sind. Die individuelle Prämienvverbilligung wollen Sie ebenfalls nicht fördern. Das sind alles Mittel, die Sie nicht fördern wollen, obwohl damit das bestehende Problem gelöst werden könnte. Thomas Alois Hodel hat von 12 000 arbeitslosen Personen im Pflegebereich gesprochen. Diese Zahlen verfälschen das Bild. Das Problem liegt nicht bei diesen arbeitslosen Personen, sondern darin, dass das Gesamtsystem schwach ist. Im Namen der SP bitte ich alle Bürgerlichen, dieses

System, die Bevölkerung und die Natur mittels einer fairen Besteuerung der grossen Unternehmen zu stärken.

Hugo Lötscher: Es darf nicht die dauerhafte Strategie der Schweiz sein, jedes Problem auf dem Arbeitsmarkt immer mit mehr Zuwanderung zu lösen. Denn unbegrenztes Wachstum ist auf einem kleinen Raum wie der Schweiz schlicht nicht nachhaltig. Bei Schengen/Dublin übernimmt der Regierungsrat ein sehr einseitiges Narrativ. Natürlich sind internationale Fahndungsinstrumente wichtig. Aber gleichzeitig erleben wir in ganz Europa massive Probleme bei der illegalen Migration und dem Schutz der Aussengrenzen. Gemäss Fernsehen «SRF» von gestern Abend sind aktuell 7119 Menschen in der Schweiz inhaftiert, so viele wie noch nie. Dabei handelt es sich bei drei von vier Inhaftierten um Ausländer. Die Bevölkerung erwartet zu Recht, dass die Schweiz wieder mehr Kontrolle über die Zuwanderung erhält. Im Schengen/Dublin-Raum führen trotz Abkommen aktuell zehn Länder wieder Grenzkontrollen durch. Die eigentliche Frage lautet doch, ob wir eine Schweiz wollen, die ihre Entwicklung weiterhin selbst steuert, oder wir einfach akzeptieren, dass unser Land immer dichter, teurer, krimineller und überlasteter wird. Deshalb ein Ja zur Nachhaltigkeitsinitiative.

Hannes Koch: Thomas Alois Hodel und Fabian Stadelmann haben mit Zahlen argumentiert, die nicht stimmen. Ich habe das auf der entsprechenden Internetseite des Bundesamtes gerade überprüft. Nach der Spitze von 2023 hat die Nettozuwanderung abgenommen. 2024 lag die Zuwanderung bei 83 000 und 2025 bei 75 000 Personen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist massiv und wird massiv zunehmen, in erster Linie im Gesundheitswesen. Dabei geht es nicht um die heutigen Alten, sondern um uns. Wir werden diese Personen ebenfalls einmal benötigen. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass diese Durchlässigkeit aufrechterhalten bleibt. Ein weiteres Thema ist die IT und die Digitalisierung. Die Arbeitsabläufe in der Wirtschaft werden digitalisiert werden müssen. Dazu benötigen wir Personal. Bau, Gastronomie, Industrie sind ebenfalls Bereiche, die nach wie vor Personal benötigen. Es braucht Lösungen, diese werden sowohl auf kantonaler als auch nationaler Ebene gesucht. Es werden Diskussionen geführt und Entscheidungen getroffen. Wir haben heute auch die Information erhalten, wer was abgelehnt hat. Es gibt Lösungen, aber nicht indem, dass wir einfach die Zahl von 10 Millionen ins Gesetz schreiben und denken, dass damit das Problem erledigt ist. Das ist definitiv der falsche Weg. Deshalb gilt es, die Initiative abzulehnen.

Marc Horat: Die Stärke der Schweiz war schon immer Innovation: Forschung und Export und Offenheit gegenüber der Welt. Genau dieses Erfolgsmodell greift die SVP-Chaosinitiative frontal an. Wir sind keine Insel, wie das die SVP gerne hätte. Über 50 Prozent unserer Exporte gehen in die EU. Pro Arbeitstag werden über 1 Milliarde Franken an Waren und Dienstleistungen zwischen der Schweiz und Europa ausgetauscht. Hunderttausende Arbeitsplätze hängen direkt davon ab. Was macht die SVP? Sie spielt mit der Kündigung der Bilateralen. Sie gefährdet den Zugang zu unserem wichtigsten Markt. Sie riskiert Investitionsstopps, Rechtsunsicherheit und den Verlust von Fachkräften. Das ist keine Heimatpolitik, sondern ein wirtschaftlicher Blindflug. Als Wissenschaftler sage ich Ihnen klar: Innovation entsteht nicht in einem nationalen Elfenbeinturm. Die Schweizer Forschung lebt von internationalem Austausch, Kooperationen, Mobilität und verlässlichen Beziehungen. Wer diese Verbindung zu Europa kappt, schwächt unseren Forschungsplatz und gefährdet unseren Wohlstand. Gerade die Schweiz als kleines Land ohne Rohstoffe lebt davon, dass wir offen, vernetzt und verlässlich sind und nicht von Isolation oder ideologischer Selbstbeschäftigung geprägt sind. Die SVP verkauft Angst und gefährdet damit genau das, was die Schweiz erfolgreich gemacht hat. Deshalb sage ich klar: Diese Chaosinitiative ist ein Angriff auf Arbeitsplätze, Forschung und den Wirtschaftsstandort Schweiz. Wer

Verantwortung für unser Land übernehmen will, lehnt das entschieden ab.

Guido Roos: Gelinde gesagt bin ich von der Position der SVP etwas überrascht. Zusammen mit den bürgerlichen Partnern, der FDP und mit uns von der Mitte, haben Sie in den letzten Jahren mit der Steuerstrategie, der Wirtschaftsförderung und weiteren Massnahmen dazu beigetragen, dass wir ein attraktiver Kanton sind. Heute sind wir sehr attraktiv. Wir sind der Kanton, der im Verhältnis zur Bevölkerung schweizweit am meisten wächst. Nun muss plötzlich die Nachhaltigkeit zuoberst stehen und das Wachstum bekämpft werden. Es sollen nun doch keine Menschen kommen, um in unseren Betrieben zu arbeiten. Das geht nicht auf. Zugegeben, es gibt Herausforderungen, etwa im Wohnungsmarkt, aber auch in anderen Bereichen. Mit dieser Initiative löst man diese Herausforderungen aber nicht, sondern schafft viele neue Probleme. Es wäre sinnvoller, Mechanismen zu finden, um die Zuwanderung qualitativ steuern zu können. Aber einfach unseren wichtigsten Partnern die Verträge zu kündigen, ist definitiv der falsche Ansatz. Ich bitte die SVP-Mitglieder, sich zu überlegen, welche widersprüchlichen Ziele Sie sich setzen. Das geht nicht auf.

Fabian Stadelmann: Ich habe nicht genau verstanden, welche falschen Zahlen ich verwendet haben soll.

Adrian Nussbaum: Die SVP hat Recht, man muss in die Vergangenheit schauen, um die Zukunft zu gestalten. Die Regierung hat mit ihren Antworten versucht, aufzuzeigen, welche Auswirkungen die Annahme der Initiative hätte. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt die Folgen auf. In Hochdorf wurde 2015 eine Wachstumsinitiative angenommen, SVP beziehungsweise Altkantonsrat Beat Meister sei Dank. Was ist geschehen? Die Steuerkraft von Hochdorf, das Ressourcenpotenzial, hat abgenommen. Ganz wichtig und nachweislich: Die Überalterung hat in Hochdorf im Vergleich zu den anderen Gemeinden überproportional zugenommen. Die Mieten sind gestiegen, weil niemand mehr gebaut hat. Die SVP hat die Folgen für Hochdorf, insbesondere die finanziellen, am lautesten kritisiert. Inzwischen wurde die Wachstumsbegrenzung wieder beseitigt, interessanterweise auch Dank und mit Unterstützung der SVP. Ich glaube, dass es sich bei der Chaosinitiative um eine Problembewirtschaftung handelt. Von Problemen, die bestehen, aber die Initiative ist sicher keine Lösung.

Gian Waldvogel: Ja, es ist tatsächlich eine reine Problembewirtschaftung. Die SVP-Chaosinitiative erzählt zwar, dass man die Einwanderung begrenzen möchte. Aber eigentlich macht sie nichts anderes, als Arbeitnehmende, Menschen zu entrechten. Mit der Einführung des Saisonnierstatus können die betroffenen Personen ihre Familien nicht nachziehen lassen. Wenn wir wirklich etwas tun wollen, um weniger Fachkräfte holen zu müssen, müssen wir das eigene Fachkräftepotenzial erhöhen. Das heisst, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Kita-Infrastruktur usw. Aber die SVP möchte stattdessen die Rechte für die Schweizer Arbeitnehmenden abbauen. Mit dieser Initiative werden die flankierenden Massnahmen abgeschafft: die Mindestlöhne, allgemein verbindliche Gesamtarbeitsverträge und Lohnkontrollen. Unter diesen Plänen würden auch Schweizerinnen und Schweizer leiden. Die Chaosinitiative ist reine Scheinbekämpfung eines Themas und bringt keiner Schweizerin und keinem Schweizer etwas.

Guido Müller: Ich bin dankbar, dass unsere Tribüne ausgerechnet bei diesem Thema voll ist. Um diese Menschen auf der Tribüne und um ihre Zukunft geht es nämlich. Ich finde es despektierlich, wenn man die unguten Gefühle ignoriert, die heute gerade junge Menschen haben, die täglich unterwegs sind, einen Dichtestress feststellen und sich fragen, wie sich das weiterentwickeln soll. In jeder Partei, auch den Linken, gibt es Befürworter der Initiative. Sind das alles Menschen, die blind durchs Leben gehen? Nein, das sind Menschen, die befürchten, dass sich dieser Zustand zu ihren Ungunsten verschlechtert. Diese Ängste müssen wir

wahrnehmen und Lösungen finden. Jetzt lesen Sie einfach Kaffeesatz. Sie wissen schon, was sich alles verschlimmert. Gian Waldvogel hat ausgeführt, welche Verträge wir kündigen müssen usw. Die Initiative will aber, dass wir reagieren, bevor es zu schlimm wird und es sich nicht wieder so abspielt, wie bei der Masseneinwanderungsinitiative, als gesagt wurde, dass diese messerscharf umgesetzt wird. Übrigens das Zitat eines namhaften ehemaligen FDP-Parteipräsidenten. Was hat man getan? Nichts. Einzig die Inländerbevorzugung wurde beschlossen, aber daraus wurde nur ein Bürokratiemonster. Dieses will inzwischen sogar die FDP wieder abschaffen, weil es eine Beschäftigungstherapie für Unternehmer ist und das Problem nicht löst. Es wurden unzählige Versuche unternommen, um den Zukunftsängsten der Menschen zu begegnen. Jetzt liegt unsere Initiative vor und ich bitte Sie, dieser zuzustimmen. Sie bietet die Gelegenheit, die Bedenken rechtzeitig aufzunehmen, auch Ihre. Es will niemand, dass wir Verträge kündigen müssen, die zu unserem Vorteil sind. Es will niemand, dass es zu Einschränkungen kommt. Aber Sie schüren Ängste, obwohl Sie nicht einmal wissen, wie sich das entwickelt. Nehmen Sie Rücksicht auf die Personen, die heute im Bus sitzen und sich fragen, wie das weitergehen soll. Ich war vor 14 Tagen in Monaco und habe das Glück, bereits vor 50 Jahren einmal dort gewesen zu sein. Ich habe gesehen, wie sich Monaco entwickelt hat. Ich war froh, als ich wieder nach Hause fahren konnte. So wie in Monaco möchte ich nicht leben. Aber das wird die Konsequenz sein, wenn wir in der Schweiz nichts unternehmen. Es wird nur noch schlimmer.

Martin Wicki: Ich musste viele persönliche Angriffe über mich ergehen lassen, aber manchmal ist das gut, und bei gewissen gefällt das mir sogar. Jede fünfte pflegende Person im Gesundheitswesen ist keine Schweizerin oder kein Schweizer. Das sind 20 Prozent. Der Ausländeranteil im Kanton Luzern beträgt aber knapp 22 Prozent. Laut Wirtschaftsförderung wurden 370 Stellen geschaffen, bei 3360 zugewanderten Personen geht diese Zahl nicht auf. Es gibt noch mehr solche Zahlen. Danke für Ihre Zustimmung am 14. Juni.

Samuel Zbinden: Wenn ich Guido Müller zuhöre, kommt mir folgender Satz in den Sinn: Es hat niemand die Absicht, eine Mauer zu bauen. Im Initiativtext steht aber, dass die Personenfreizügigkeit bei 10 Millionen gekündigt werden muss. Seine Argumentation lautet, dass die Masseneinwanderungsinitiative auch nicht umgesetzt wurde. Lautet Ihr Vorschlag, dass man zwar eine Initiative hat, aber wenn sie angenommen wird, soll man sie doch nicht umsetzen? Das ist doch keine glaubhafte Politik.

Marcel Budmiger: Ich kann mich Samuel Zbindens Votum anschliessen. Es hat niemand vor, eine Mauer zu bauen. Die SVP argumentiert, wie es früher in der DDR der Fall war. Man will keine Verträge kündigen. Warum schreiben Sie es dann in den Initiativtext? Weshalb fordern Sie, mehrere Verträge zu kündigen und sagen im Abstimmungskampf, dass Sie das natürlich nicht wollen? Wenn Sie die Abstimmung gewonnen haben und die Bevölkerung Ihnen geglaubt hat und auf den Leim gegangen ist, heisst es, hier steht es so und es muss so umgesetzt werden. Das ist unehrlich und ein Theater, das Sie hier aufführen. Das ist unwürdig, gerade wenn junge Menschen auf der Tribüne sitzen, deren Interesse für die Politik wir wecken möchten. Jetzt veranstalten Sie so ein Theater. Der Präsident spricht davon, dass nur Fake News kommen würden und Sie kennen Ihre eigene Initiative nicht. Das ist lächerlich und beschämend. Statt Abstimmungskampf zu betreiben: Wir sind hier im Kantonsrat. Wir müssen nicht über eine nationale Initiative diskutieren und ob man dieser zustimmen soll oder nicht, sondern was wir im Kanton Luzern tun können. Und hier machen Sie alles falsch, liebe SVP, wenn Sie die Einwanderung tatsächlich eindämmen möchten. Weshalb sagen Sie Ja zur Standortförderung? Weshalb geben wir 160 bis 180 Millionen Franken aus, um zusätzliche internationale Firmen nach Luzern zu locken, samt Personal und den Expats, die sich schlecht integrieren und in grossen Villen leben und uns Wohnungen wegnehmen? Sogar

internationale Schulen werden gefördert. Wenn Sie dazu Nein sagen, würde das die Einwanderung drosseln. Sie finden auch, dass der Landverbrauch ein Problem ist. Ich habe gelesen, was Sie in der Vernehmlassung zum Richtplan geschrieben haben: Einzonungen sollen nicht nur möglich sein, sondern sind explizit erwünscht. Sie wollen überall mehr Land verbauen, auch auf der Landschaft, nicht nur in den Zentren. Ändern Sie also Ihre Haltung dazu. Wir haben politische Mittel, um die Einwanderung zu regulieren und zu steuern. Aber mit Ihren Massnahmen fördern Sie die Einwanderung, um danach populistische Werbung machen zu können. Die Abstimmung geht nicht um die Regulierung der Einwanderung, sondern Sie wollen zurück zum Saisonierstatut und Menschen mit weniger Rechten und tieferen Löhnen, deswegen sind Sie auch für ein Mindestlohnverbot. Dann können Sie aber nicht sagen, dass es wegen der ausländischen Personen zu einem Lohndruck kommt. Sie verursachen das. Sie sind nicht Teil der Lösung, sondern das Problem.

Thomas Alois Hodel: Das Zitat stammt von einem Kommunisten, dass niemand die Absicht hat, eine Mauer zu bauen. Interessant, dass Samuel Zbinden bei einer Aussage von Guido Müller ein Kommunist in den Sinn kommt. Gemäss Arbeitslosenstatistik vom April 2026 sind 11 500 Personen im Gastgewerbe und 10 000 Personen im Baugewerbe arbeitslos.

Guido Müller: Was will die Initiative? Sie sagen, dass die Schweiz ungefähr 9,3 Millionen Einwohner hat und es einfach so weitergehen soll. Sie machen das Zugeständnis, dass einfach nochmals 10 Prozent mehr in die Schweiz kommen dürfen. Wir wollen aber, dass man etwas unternimmt, bevor es 10 Millionen Einwohner sind und man langsam die Handbremse anzieht und langsam weiterfährt, bevor es kracht.

Fritz Gerber: Offenbar ist doch ein grosses Problem, denn sonst würden wir nicht schon fast eine Stunde darüber diskutieren. Es ist ein grosses Problem, dass wir 1,9 Millionen mehr Einwohner haben als um die Jahrtausendwende. Rahel Estermann, wenn am 14. Juni abgestimmt wird und wie immer auch der Entscheid ausfällt, ich werde deswegen nicht wütend. Das ist ein Volksentscheid, den es zu akzeptieren gilt. Wohin Wut in der Politik führt, sehen wir weltweit. Ein Volksentscheid ist zu akzeptieren, auch wenn er einem nicht passt. Die Einwanderung beträgt jedes Jahr 1 Prozent mehr. Ob das gut ist oder nicht spielt keine Rolle. Aber es ist volkswirtschaftlich unmöglich, dass dieses 1 Prozent von einwandernden Personen alles selbst erarbeiten kann, was es zusätzlich braucht: Essen, Trinken, Leben, Wohnen, Schule und Strassen. Auch wenn alle diese Personen arbeiten würden – einige davon sind ja Kinder und Familienangehörige – ist es volkswirtschaftlich unmöglich, vom ersten Jahr an mehr zu leisten, als man benötigt. Das geht erst nach ein paar Jahren und das ist auch in Ordnung. Wenn wir immer mehr Menschen in die Schweiz holen, ob gewollt oder nicht, ist es unmöglich, dass sie in kurzer Zeit alles selbst erarbeiten können. Das hört nicht mehr auf und wird zu einer Spirale. Ein Blick in die Geschichte, zu den Wolgadeutschen oder nach Siebenbürgen zeigt: Zuerst wurden junge, arbeitskräftige Männer vorausgeschickt, um den Aufbau vorzunehmen, damit die anderen nachkommen konnten. Heute ist das Leben moderner, aber der Mechanismus ist haargenau der gleiche. Wenn nächstes Jahr 500 000 Personen in die Schweiz kommen und zwei Drittel davon arbeiten würden, könnten sie nicht alles erarbeiten. Es nimmt kein Ende. Wir müssen den Mut haben und das infrage stellen. Das ist eine Gesetzmässigkeit, die man nicht einfach übergehen kann. Was immer Sie auch abstimmen werden: Ich bitte Sie zu akzeptieren, dass die zugewanderten Personen in den ersten Jahren niemals das erarbeiten können, was sie zum Leben benötigen. Das lässt sich nicht wegdiskutieren.

Karin Andrea Stadelmann: Ja, wir haben ein Problem, nämlich Ihre Initiative. Sie schreibt eine fixe Zahl ins Gesetz und löst kein einziges Problem in Bezug auf das Bevölkerungswachstum, die Infrastruktur oder sonstwo. Wir sollten aber über diese Probleme

diskutieren und Lösungen und Antworten suchen.

Sara Muff: Ich bin auch dankbar, dass die Tribüne heute voll ist. Die Entscheide, die heute gefällt werden, betreffen diese jungen Menschen noch viel länger als die meisten anderen hier im Saal. Beginnen möchte ich aber mit der Bemerkung, dass wir hier über Menschen sprechen. Einigen hier tut es wahrscheinlich gut, sich das wieder in Erinnerung zu rufen. Wir sprechen nicht nur über Arbeitskräfte, sondern über Menschen mit Geschichten und persönlichen Hintergründen. Es geht immer um Menschen. In diesem Saal geht das erschreckend schnell vergessen. Ja, die Realität, auch in der Pflege, zeigt sehr deutlich: Ohne Zuwanderung würde beispielsweise unser Gesundheitssystem heute vielerorts schlicht nicht mehr funktionieren. Bereits jetzt fehlen in der Schweiz viele Pflegefachpersonen und gleichzeitig bilden wir zu wenige aus. Hier hätte sich die SVP für die Umsetzung der Pflegeinitiative einsetzen können. Die SVP hat es nicht getan, im Gegenteil. Ich sass bei der Debatte auf der Tribüne. Sie alle werden in die Situation kommen, wo Sie Pflege benötigen. Dann wollen auch Sie eine gute Qualität und volle Umsorgung. Genau deshalb sind wir auf Menschen angewiesen. Ja, diese kommen auch aus dem Ausland zu uns, um zu arbeiten, zu pflegen und Verantwortung zu übernehmen. Aber sie dürfen auch einfach Mensch sein. Die Menschen, über die wir hier sprechen, sind auch die Menschen, die nachts an Ihrem Bett stehen, wenn Sie einmal Hilfe benötigen werden. Ich glaube, es wäre besser, einmal Danke zu sagen, statt Hass zu schüren und Bilder zu kreieren, die in den Geschichtsbüchern auf die dunklen Seiten gehören. Ich bin dankbar für diese Diversität, die auch auf jeder Station erleben durfte, auf der ich gearbeitet habe. Den Teamgeist, die Fürsorge und die tolle Zusammenarbeit. Aber auch für die vielen spannenden Geschichten und Hintergründe, die alle Menschen in diesen Teams haben. Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie über die spricht, die für sie sorgen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung. Das Wachstum ist ein wichtiges Thema, das uns alle beschäftigt. Es gibt unterschiedliche Interessen und Argumente und Sie haben sich über eine Stunde Zeit genommen, um darüber zu diskutieren. Mit einem zwinkernden Auge sage ich, dass der Dichtestress auf Ihrer Traktandenliste auch zugenommen hat. Die beiden Anfragen drehen sich um die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz». Die eine fragt nach den Folgen einer Ablehnung, die andere nach den Auswirkungen bei einer Annahme der Initiative. Ich beginne mit den Auswirkungen und Veränderungen bei einer Annahme. Auf den ersten Blick klingt die Initiative einfach: weniger Menschen, weniger Probleme. Doch so einfach ist es leider nicht. Die Thematik ist sehr komplex und deshalb differenziert zu betrachten. Wer den Initiativtext genau liest, merkt schnell: Es geht nicht einfach um eine Zahl, sondern um einen grundlegenden Richtungsentscheid für unser Land. Die Initiative verlangt, dass die Schweiz die Zuwanderung massiv bremst. Und wenn die Bevölkerung weiterwächst, soll das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU gekündigt werden. Damit würden auch die Bilateralen I auf dem Spiel stehen – mit spürbaren Folgen für die Wirtschaft, die Forschung, den Arbeitsmarkt und den Service public in unserem Kanton. Es wäre wohl das erste Mal, dass das Schweizer Stimmvolk den bisher sehr erfolgreichen Weg mit den bilateralen Verhandlungen kündigen würde. Unsere Unternehmen, unsere KMU, die Landwirtschaft, aber auch unsere Spitäler und Pflegeheime sind auf Fachkräfte aus dem In- und Ausland angewiesen. Ohne diese Arbeitskräfte geraten Unternehmen unter Druck, Arbeitsplätze und Wertschöpfung gehen verloren und unser Kanton verliert an wirtschaftlicher Stärke und Innovationskraft. Offenheit und Innovation waren immer Stärken der Schweiz. Besonders spürbar wären die Folgen im Gesundheitswesen. Das Luzerner Kantonsspital und viele Alters- und Pflegeheime könnten ihren Betrieb ohne ausländische

Fachkräfte schon heute kaum mehr aufrechterhalten. Ohne Zuwanderung drohen Versorgungslücken, längere Wartezeiten und Einschränkungen bei den Gesundheitsleistungen. Auch betroffen wäre der Tourismus – für unseren Kanton eine sehr wichtige Branche. Wenn Sie heute ein Restaurant oder Hotel besuchen, wissen Sie, dass diese den Betrieb kaum aufrechterhalten könnten ohne diese Menschen aus anderen Ländern. Eine Annahme der Initiative trifft Hotels, Gastronomie, Bergbahnen, Kulturbetriebe und viele weitere Unternehmen direkt. Aber auch der Hochschulstandort Luzern würde geschwächt. Die Rekrutierung internationaler Fachkräfte würde erschwert, die internationale Vernetzung eingeschränkt und die Teilnahme an europäischen Forschungsprogrammen gefährdet. Und schlussendlich wäre auch Schengen/Dublin infrage gestellt. Eine Kündigung dieser Abkommen wäre gravierend für die innere Sicherheit der Schweiz: Die Polizeizusammenarbeit würde erschwert und gleichzeitig müsste die Schweiz mit mehr Asylgesuchen rechnen, weil Rückführungen schwieriger würden. Auch unseren Rat beschäftigt das Wachstum, aber wir lehnen diese Volksinitiative ab. Sie verspricht einfache Antworten auf komplexe Fragen, bringt aber grosse Nachteile für den Kanton Luzern mit sich. Damit zur Frage, was bei einer Ablehnung der Initiative passieren respektive sich verändern würde. Die Antwort aus Sicht der Regierung: Nicht sehr viel. Das Bevölkerungswachstum im Kanton Luzern ist weder überraschend noch unkontrolliert, es geht weiter. Seit rund 30 Jahren wächst die Bevölkerung jährlich um etwa 0,9 Prozent. Diese Entwicklung berücksichtigen wir schon heute in unseren kantonalen Planungsinstrumenten. Gleichzeitig arbeiten wir gezielt an Lösungen – etwa mit der Revision des Richtplans oder mit konkreten Massnahmen für mehr preisgünstigen Wohnraum usw. Und: Wachstum bringt nicht nur Herausforderungen und Risiken, sondern auch Chancen. Der Kanton Luzern hat sich in den letzten Jahren wirtschaftlich sehr positiv entwickelt. Neue Unternehmen und zusätzliche Arbeitsplätze stärken unseren Standort und tragen zu steigenden Steuereinnahmen bei. Davon profitiert letztlich die gesamte Bevölkerung. Wir konnten die Steuern bereits einige Male senken und sind weiterhin sehr gut aufgestellt, wie es noch selten der Fall war. Für die Konferenz der Kantone sowie die Luzerner Regierung ist deshalb klar: Die Ablehnung der Volksinitiative ist für den Kanton Luzern vorteilhafter als die Annahme.